

## Niederschrift

über die 31. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 11.04.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen  
Vorlage: 1193/2018
3. Vorlage der Ermächtigungsübertragungen in Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: 1210/2018
4. Beratung und Beschlussfassung über das Wasserversorgungskonzept der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 1182/2018
5. Bestellung und Abberufung von Prüfern und Prüferinnen für das Rechnungsprüfungsamt gem. § 104 GO NRW  
Vorlage: 1201/2018
6. Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung des Jugendhilfeausschusses um ein beratendes Mitglied  
Vorlage: 1192/2018
- 6.1. Besetzung des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: 1215/2018
7. Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende  
Vorlage: 1204/2018
8. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat  
Vorlage: 1206/2018
9. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche  
Vorlage: 1207/2018
10. Bekanntgabe von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW  
Vorlage: 1209/2018
11. Fragestunde für Einwohner
12. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

**Anwesend waren:**

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Karola Brandt
7. Herr Karl-Peter Conrads
8. Frau Jennifer Diederichs
9. Herr Helmut Gerads
10. Herr Johann Graf
11. Frau Theresia Hensen
12. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
13. Frau Karin Hoffmann
14. Herr Rainer Jansen
15. Frau Gabriele Kals-Deußen
16. Herr Michael Kappes
17. Herr Thomas Klein
18. Herr Wilfried Kleinen
19. Herr Heinz Kohnen
20. Herr Christian Kravanja
21. Herr Leonhard Kuhn
22. Herr Stefan Mesaros
23. Herr Manfred Mingers
24. Herr Willi Münchs
25. Herr Uwe Neudeck
26. Herr Hans-Josef Paulus
27. Herr Manfred Schumacher
28. Frau Barbara Slupik
29. Herr Lars Speuser
30. Herr Raimund Tartler
31. Herr Ernst Michael Thielemann
32. Herr Harald Volles
33. Frau Kirsten vom Scheidt
34. Herr Max Weiler
35. Herr Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

36. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
37. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
38. Herr Daniel Goertz
39. Herr Peter Klee

Protokollführer

40. Herr Dominik Hilgers

Es fehlten:

41. Herr Christoph Grundmann

- 42. Herr Nils Kasper
- 43. Frau Ruth Thelen
- 44. Herr Michael van Dillen

Bürgermeister Schmitz eröffnete die 31. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen um 18:00 Uhr und hieß die Stadtverordneten wie auch die Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter der Presse herzlich willkommen.

Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht gestellt. Entschuldigt hätten sich die Stadtverordneten Kasper, Grundmann, van Dillen und Thelen, die krankheits- bzw. urlaubsbedingt abwesend seien. Die Stadtverordnete Brandt werde etwas verspätet eintreffen.

Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Rates habe der Stadtverordnete Weiler erhoben. Er habe darauf hingewiesen, dass er unter TOP 2 auch die Stadt Übach-Palenberg als Stärkungspaktkommune und den Kreis Heinsberg erwähnt habe, die für alle Ausschussvorsitzenden eine Aufwandsentschädigung bezahlen würden. In der Niederschrift seien diese Ausführungen nicht komplett wiedergegeben worden.

Darüber hinaus habe sich bislang niemand zu einem Tagesordnungspunkt für befangen erklärt.

Wie bereits vorab per Mail und postalisch mitgeteilt, gebe es Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung. Zum einen gehe es um die Erweiterung aufgrund eines Antrags der Fraktion „Geilenkirchen bewegen!“ und FDP um den Punkt: Besetzung des Jugendhilfeausschusses. Er schlage vor, diesen Punkt als neuen TOP 6.1 zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

Des Weiteren schlage er eine Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil vor. Es handle sich um den Punkt: Informationen über verwaltungsinterne Organisationsmaßnahmen. Hintergrundinformationen zu diesem Thema hätten die Stadtverordneten ebenfalls per Zustellung am vergangenen Freitag erhalten. Er schlage vor, diesen Punkt als neuen TOP 15 zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 1      Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Schmitz habe unter diesem Punkt eine Mitteilung zu machen. Nach § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz lege er seine Nebeneinkünfte aus dem Vorjahr offen. Er habe als Aufsichtsratsmitglied des Verbandswasserwerks Gangelt insgesamt 375,00 € Sitzungsgeld

erhalten. Darüber hinaus erhaltene Nebeneinkünfte habe er dem städtischen Haushalt zugeführt.

**TOP 2      Änderung der Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen  
Vorlage: 1193/2018**

Stadtverordneter Benden stellte fest, dass es den anwesenden Eltern, die vor Sitzungsbeginn gegen die Satzungsänderung demonstriert hätten, nicht explizit um die Erhöhung der Elternbeiträge um 1,5 % gehe. Der Grund für ihre Demonstration sei tiefer verwurzelt. Die Stadt Geilenkirchen habe es verpasst, sich als familienfreundliche Stadt zu etablieren, was von den Grünen seit längerer Zeit bemängelt werde. Die Stadt Geilenkirchen stelle sich häufig als Stadt der Zukunft dar und werbe mit ihren zahlreichen Schulen und Kindertagesstätten. Dennoch würden sich beispielsweise bei der Offenen Ganztagschule (OGS) Probleme zeigen. Zum einen stünden nicht genügend Räume zur Verfügung und der Standort Würm sei mit dem Bus schlecht zu erreichen. Die Eltern seien gezwungen, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen. Eine andere Möglichkeit, Eltern finanziell zu entlasten, eröffne sich bei den Gebühren zur Müllentsorgung. Stattdessen leiste man sich nach wie vor Ortsvorsteher, die jährlich 20.000 € kosten würden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe im Jahr 2016 einen Antrag eingebracht, die Staffelung der Elternbeiträge neu zu fassen. Alle anderen Fraktionen hätten diesen abgelehnt. Ab einem Jahreseinkommen von 18.000 € müssten Eltern in Geilenkirchen Beiträge für die Unterbringung ihrer Kinder in einer Tageseinrichtung zahlen. In Deutschland gelte man mit einem solchen Einkommen als arm. Andere Kommunen würden ab einem jährlichen Einkommen von 27.000 € beginnen. Solange die Staffelung der Elternbeiträge nicht sozialer gestaltet werde, werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keiner Erhöhung der Beiträge mehr zustimmen.

Stadtverordneter Mesaros erklärte, dass er dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Es sei wichtig, die Beitragshöhe dem restlichen Kreisgebiet anzupassen. In einem weiteren Schritt müsse geprüft werden, ob die aktuelle Staffelung den Lebensverhältnissen in Geilenkirchen gerecht werde.

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass die Bürgerliste dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werde. Die Höhe der Elternbeiträge sei nicht in Stein gemeißelt. Er sei jedoch der Meinung, dass die entsprechende Regelung kreisweit einheitlich sein sollte. Die Verwaltung müsse sich mit dem Kreis in Verbindung setzen, um sich um eine neue Regelung zu bemühen. Grundsätzlich vertrete er die Auffassung, dass keine Elternbeiträge erhoben werden sollten, doch könne man so nicht für alle Kinder einen Platz in den Kindertagesstätten garantieren. Die Problematik würde sich darüber hinaus verschärfen, wenn man weiter vom Kreis abweiche.

Stadtverordneter Banzet sprach sich im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls für kreisweit einheitliche Gebühren aus. Zwar sei es wünschenswert, wenn die Kitabetreuung kostenlos wäre; die entstehenden Kosten sollten aber nicht von der Stadt Geilenkirchen, sondern vom Land oder Bund gezahlt werden. Dies sei mit dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene beschlossen worden. Würde der Kreis die Gebühren einheitlich senken, würde die SPD-Fraktion die Senkung der Elternbeiträge in Geilenkirchen befürworten. Man werde mit der SPD-Kreistagsfraktion diesbezüglich Kontakt aufnehmen. Er fordere die anderen Fraktionen auf, selbiges zu tun.

Stadtverordneter Weiler erklärte, dass die CDU-Fraktion zustimmen werde. Die Abschaffung sei Bestandteil der Koalitionsverträge auf Bundes- und Landesebene. Er erklärte, dass man vor einigen Jahren entsetzt darüber gewesen sei, dass die Elternbeiträge um 11,5 % erhöht worden seien. Daraufhin sei einvernehmlich beschlossen worden, die Beiträge jährlich um 1,5 % im Rahmen des Preissteigerungsindex zu erhöhen. Um weitere Forderungen gehe es heute nicht.

Stadtverordneter Benden ergänzte, dass er bewusst nicht auf die Vereinheitlichung der Beiträge im Kreisgebiet eingegangen sei. Die anderen Fraktionen hätten sich diesbezüglich nicht gründlich informiert. In Erkelenz und Hückelhoven gebe es beispielsweise andere Werte. In Erkelenz liege dies vor allem an Sonderregelungen bezüglich der Vorschul- und Geschwisterkinder. Darüber hinaus seien die Beiträge in der StädteRegion Aachen niedriger und in Düren würden gar keine Beiträge erhoben. Alle bisherigen Redebeiträge seien von Männern geäußert worden. Diese könnten die Probleme einer jungen Mutter nicht beurteilen. Viele junge Mütter müssten ihre Kinder aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zu KiTas in Nachbarkommunen bringen. Dies sei ihnen nicht zuzumuten. Die soziale Staffelung müsse überarbeitet werden. Selbst wenn dies im Kreis Heinsberg nicht möglich sei, sollte die Stadt Geilenkirchen immerhin mit einem guten Beispiel voran gehen.

**Beschluss:**

Die Änderung der Satzung inklusive der Beitragstabelle wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	5
Enthaltung:	0

**TOP 3      Vorlage der Ermächtigungsübertragungen in Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: 1210/2018**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

**TOP 4      Beratung und Beschlussfassung über das Wasserversorgungskonzept der Stadt Geilenkirchen  
Vorlage: 1182/2018**

Stadtverordneter Jansen monierte, dass die Anlage zur Vorlage gefehlt habe. Er bitte um eine sorgfältigere Sitzungsvorbereitung.

**Beschluss:**

Das Wasserversorgungskonzept der Stadt Geilenkirchen wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Bestellung und Abberufung von Prüfern und Prüferinnen für das Rechnungsprüfungsamt gem. § 104 GO NRW  
Vorlage: 1201/2018**

**Beschlussvorschlag:**

- 1) Herr Stadtamtmann Carsten Maaßen wird mit Wirkung vom 30.04.2018 gemäß § 104 Abs. 2 GO NRW von seinem Aufgabenbereich als Prüfer im Rechnungsprüfungsamt abberufen.
- 2) Frau Stadtoberinspektorin Yvonne Zanders wird mit Wirkung vom 01.05.2018 gemäß § 104 Abs. 2 GO NRW zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Geilenkirchen bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung des Jugendhilfeausschusses um ein beratendes Mitglied  
Vorlage: 1192/2018**

Stadtverordneter Banzet erklärte, dass die Beschlussempfehlung aus dem Jugendhilfeausschuss nicht zielführend sei. Mit der Organisation „MATS e.V.“ sei man aufgrund ihrer Fachkompetenz und klarer Strukturen gut aufgestellt. Er bedaure, dass der Verein mit einer Vielzahl von Emails und Kommentaren in ein schlechtes Licht gerückt worden sei. Die SPD-Fraktion werde den Verwaltungsvorschlag ablehnen.

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass die Tagesmütter und -väter im Jugendhilfeausschuss vertreten sein wollten. Dies halte er für richtig und gut. Die demokratischste Lösung sei es, wenn allen Tagesmüttern und -vätern die Möglichkeit eröffnet würde, in den Ausschuss gewählt zu werden. Vor diesem Hintergrund halte er den Vorschlag des Jugendhilfeausschusses für sinnvoll. Zwar seien die meisten Eltern im MATS e. V. organisiert, doch nicht alle. Daher sei es undemokratisch, die vereinslosen Mütter und Väter von der Möglichkeit einer Wahl auszuschließen. Er verdeutlichte, dass die Entscheidung nicht vom Vertrauen zum MATS e. V. abhängig sei.

Stadtverordneter Weiler erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Vorschlag des Jugendhilfeausschusses zustimmen werde. Er schließe sich dem Wortbeitrag des Stadtverordneten Kravanja an. Er führte weiter aus, dass er in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses als Gast anwesend gewesen sei. Es sei beschämend gewesen, wie einige Mitglieder des Ausschusses mit dem Verein umgegangen seien. Es handle sich um eine anerkannte Organisation, die in der Sitzung diskreditiert worden sei. Einen solchen Umgang halte er für unnötig und es zeuge von schlechtem Stil.

Stadtverordneter Benden plädierte ebenfalls dafür, die Vertretung der Tagesmütter und -väter im Jugendhilfeausschuss nicht an einen Verein zu binden. Würde die Vertretung aus einer Organisation gewählt, entstehe der Eindruck, dass die Eltern, die nicht Mitglieder der Organisation seien, nicht Teil des Ausschusses werden dürften. Sollte sich ein zusätzlicher Verein gründen, könne man diesem keinen zusätzlichen Sitz im Jugendhilfeausschuss gewäh-

ren. Es müssten von Beginn an alle Tagesmütter und -väter mit einbezogen werden. Er zitierte den neu im Entwurf der Satzung für das Jugendamt der Stadt Geilenkirchen eingefügten § 4 Abs. 3 Buchstabe k): „Als beratende Mitglieder gehören dem Jugendhilfeausschuss an: eine im Rahmen der regelmäßig vom Jugendamt organisierten Netzwerktreffen aus den eigenen Reihen gewählte Vertreterin oder Vertreter der Tagesmütter und –väter in der Stadt Geilenkirchen.“ Er verdeutlichte den Aspekt, dass es den Tageseltern selbst überlassen sei, ihren Vertreter oder ihre Vertreterin zu wählen. Es handle sich um einen demokratischen Vorschlag des Jugendhilfeausschusses. Er fügte in Anlehnung an den Wortbeitrag des Stadtverordneten Weiler hinzu, dass ihm die große Anzahl der Mails bezüglich dieses Themas ebenfalls missfallen hätten. Er betonte jedoch, dass der MATS e. V. den Stein durch eine eigene Mail ins Rollen gebracht habe.

Stadtverordneter Banzet erklärte, dass der Vorschlag des Jugendhilfeausschusses scheinheilig demokratisch sei. Es werde ohnehin ein Mitglied des MATS e. V. zur Vertretung der Tagesmütter und –väter gewählt.

Stadtverordneter Mesaros widerspreche dem Stadtverordneten Weiler. Es habe keinen Wortbeitrag im Jugendhilfeausschuss gegeben, der negativ gegenüber dem MATS e. V. gewesen sei. Wäre der Verein negativ angegangen worden, hätte er als Vorsitzender eingegriffen. Es seien viele Meinungen darüber präsentiert worden, welche Vorgehensweise die richtige sei. Es sei jedoch keine Äußerung über die Kompetenz des Vereins gefallen.

Stadtverordneter Gerads erklärte, dass es scheinheilig sei, wenn sich Vertreterinnen und Vertreter des MATS e. V. organisieren und sich zur Wahl stellen würden. So hätten sie nämlich eine große Chance, in den Ausschuss einzuziehen. Würde sich darüber hinaus ein zweiter Verein aus Tageseltern aufstellen, hätten diese ebenso die Möglichkeit, sich zur Wahl zu stellen. So funktioniere die Demokratie. Er plädiere demnach dafür, den nicht organisierten Tageseltern die Möglichkeit zu geben, an der Wahl teilzunehmen und gewählt zu werden.

**Beschluss:**

Die Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Geilenkirchen wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	5
Enthaltung:	0

**TOP 6.1 Besetzung des Jugendhilfeausschusses  
Vorlage: 1215/2018**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Geilenkirchen bestellt Frau Ursula Rudzki als weiteres beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss und Herrn Wilfried Kleinen als ihren persönlichen Stellvertreter.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7      Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende  
Vorlage: 1204/2018**

Zu Beginn der Debatte las der Stadtverordnete Schumacher einen vorbereiteten Beitrag vor. Dieser ist der Niederschrift im Anhang beigefügt.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass er die Diskussion aus den letzten Sitzungen nicht erneut beginnen wolle. Er bemängelte, dass häufig vom Umkehrschluss gesprochen werde. Da ein Ausschuss, der nur drei Mal in fünf Jahren tage, ausgeschlossen werden müsse, sei der Umkehrschluss, dass alle Ausschüsse, die häufiger tagen würden, eingeschlossen werden müssten. Dies sei seiner Meinung nach falsch. Wenn der Gesetzgeber einen Fall abschließend geklärt habe, müssten alle anderen Fälle unterschiedlich behandelt werden. Er sehe jedoch nicht, dass der Gesetzgeber an dieser Stelle eine abschließende Regelung treffe. Die Argumentation durch den Umkehrschluss entfalte hier dementsprechend keine Wirkung. Die Verwaltung habe Gründe für und gegen den Ausschluss jedes einzelnen Ausschusses von der Regelung formuliert. Er betonte, dass in der letzten Diskussion untergegangen sei, dass die Bürgerliste jedes Argumente geprüft und abgewogen habe. Auf Grundlage dessen sei sie zu dem Schluss gekommen, dass in jedem Fall die Gründe für den Ausschluss überwiegen würden.

Stadtverordneter Mesaros bedauerte, dass man es verpasst habe, mit diesem sensiblen Thema sachlich umzugehen. Als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses sei er klar gegen die zusätzliche Aufwandsentschädigung, da der Ausschuss nicht oft tage. Gleichwohl habe er großen Respekt für die Befürworter der Entschädigung. Der Ausschussvorsitzende, der bei dieser Debatte im Mittelpunkt stehe, habe insbesondere seinen persönlichen Respekt verdient, auch wenn dieser eine andere Meinung als er selbst vertrete.

Stadtverordneter Benden erklärte, dass es das gute Recht des Stadtverordneten Conrads gewesen sei, den Landrat zu konsultieren. Auf der anderen Seite habe der Rat das Recht, die Vorlage zu prüfen und sich eine Meinung zu bilden. Dabei werde der Name des Stadtverordneten dann z. T. häufiger genannt. Dies sei angesichts des Werdegangs aber verständlich. Die Grünen-Fraktion sei zu dem Entschluss gekommen, nicht für die zusätzliche Aufwandsentschädigung zu stimmen. Die Entscheidung orientiere sich nicht an der Person des Stadtverordneten Conrads. Man habe bereits den Ausschluss aller Ausschüsse von der Regelung beschlossen. Diesen Beschluss habe die CDU-Fraktion mitgetragen. Nachdem der Stadtverordnete Conrads den Beschluss habe überprüfen lassen, habe die CDU-Fraktion ihre Meinung geändert. Dies sei vollkommen in Ordnung. Das Ehrenamt müsse grundsätzlich gestärkt werden, doch gebe es größere Kommunen, die diesbezüglich einen dringenderen Bedarf hätten. Die Öffentlichkeit habe feine Antennen dafür, dass man bei sich selbst großzügig sei, während junge Familien höhere Gebühren zahlen müssten. Man leiste sich genügend freiwillige Ausgaben wie die für Ortsvorsteher.

Stadtverordneter Banzet führte aus, dass er dem Beitrag des Stadtverordneten Schumacher in dem Punkt, wie mit dem Thema umgegangen worden sei, zustimme. Der Umgang mit dem Thema bei Facebook sei unmöglich gewesen. Grundsätzlich sei er der Meinung, dass die Ausschussvorsitzenden eine zusätzliche Aufwandsentschädigung verdienen würden. Die Höhe der

Entschädigung sei jedoch nicht gerechtfertigt. Der Gesetzgeber habe an dieser Stelle schlecht gearbeitet und zu viele Unklarheiten gelassen. Die SPD-Fraktion werde zu diesem Punkt nicht einheitlich abstimmen.

Stadtverordneter Weiler äußerte, dass die CDU-Fraktion bei ihrer Meinung bleiben werde. Die Entschädigung sei bei den meisten Ausschüssen gerechtfertigt. Der Gesetzgeber habe den Kommunen den schwarzen Peter zugespielt und nur einen kleinen Ermessensspielraum gelassen. Die Entscheidung, die im Haupt- und Finanzausschuss gefallen sei, sei aber nicht ermessensfehlerfrei. Sowohl im Schreiben des Landrates als auch in der ausführlichen Sitzungsvorlage werde festgehalten, dass der Ausschluss aller Ausschüsse nicht haltbar sei. Er bitte, dies zu berücksichtigen. Aufgrund des Schreibens des Landrates sei der Bürgermeister dazu verpflichtet, den Beschluss zu beanstanden.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den § 12 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen dahingehend zu ändern, dass der Umwelt- und Bauausschuss aus der Auflistung der Ausschüsse von der Regelung des § 46 GO NRW entfernt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	14
Nein:	18
Enthaltung:	2

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den § 12 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen dahingehend zu ändern, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung aus der Auflistung der Ausschüsse von der Regelung des § 46 GO NRW entfernt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	15
Nein:	19
Enthaltung:	2

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den § 12 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen dahingehend zu ändern, dass der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur aus der Auflistung der Ausschüsse von der Regelung des § 46 GO NRW entfernt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	15
Nein:	19
Enthaltung:	2

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den § 12 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen

dahingehend zu ändern, dass der Jugendhilfeausschuss aus der Auflistung der Ausschlüsse von der Regelung des § 46 GO NRW entfernt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	15
Nein:	19
Enthaltung:	2

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den § 12 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen dahingehend zu ändern, dass der Rechnungsprüfungsausschuss aus der Auflistung der Ausschlüsse von der Regelung des § 46 GO NRW entfernt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	0
Nein:	35
Enthaltung:	1

**TOP 8      Änderung der Geschäftsordnung für den Rat  
Vorlage: 1206/2018**

**Beschlussvorschlag:**

Die Geschäftsordnung wird gemäß dem vorgenannten Vorschlag ergänzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP 9      Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 109 der Stadt Geilenkirchen hinsichtlich der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche  
Vorlage: 1207/2018**

**Beschlussvorschlag:**

Die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 109 hinsichtlich der festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche wird antragsgemäß erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10      Bekanntgabe von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83  
Abs. 2 GO NRW  
Vorlage: 1209/2018**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldung.

**TOP 11      Fragestunde für Einwohner**

- a) Frau Frohn erkundigte sich, wie der Zugang zu öffentlichen Sitzungen des Rates geregelt werde. Sie habe in den vergangenen Wochen gehäuft Schwierigkeiten beim Zugang gehabt.

Bürgermeister Schmitz erklärte, die Problematik überprüft und beseitigt werde.

Stadtverordnete Brandt stimmte dem Einwand zu.

- b) Frau Frohn fragte nach, weshalb schriftliche Antworten auf Fragen der Stadtverordneten seitens der Verwaltung nicht der Niederschrift beigefügt würden.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Niederschrift all das umfasse, was in der Sitzung gesagt werde. Die schriftliche Beantwortung der Fragen sei nicht mehr Bestandteil der Sitzung.

**TOP 12      Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen**

- a) Stadtverordneter Kleinen habe festgestellt, dass es in Geilenkirchen nicht möglich sei, ein Auto anzumelden. In Erkelenz, Hückelhoven und Übach-Palenberg sei dies jedoch möglich. Da Geilenkirchen sein eigenes Kennzeichen habe, wäre es wünschenswert, diesen Service im Bürgerbüro anzubieten. Er erkundigte sich, ob dies bereits in der Verwaltung besprochen worden sei.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass es eine öffentlich rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Heinsberg und den Kommunen gebe, die bereits viele Jahre alt sei. Im Rahmen dieser Vereinbarung nehme das Bürgerbüro einige Dienstleistungen für das Straßenverkehrsamt des Kreises wahr. Einige dieser Dienstleistungen könnten jedoch aus Zuständigkeitsgründen nicht sofort abgewickelt werden. Es sei häufig möglich, einen Antrag zu stellen, der an das Straßenverkehrsamt zur Bearbeitung weitergegeben werde. Welche Dienstleistungen hiervon erfasst seien, werde nachgereicht.

- b) Stadtverordneter Benden erklärte, dass einige Eltern ihre Kinder beispielsweise aufgrund eines Sprachdefizits in der OGS in Würm anmelden würden. Die Eltern hätten jedoch wegen der schlechten Busverbindung häufig keine Möglichkeit, ihre Kinder dort hin zu bringen. Als er dies in TOP 1 angesprochen habe, habe er wahrgenommen, dass Bürgermeister Schmitz keine Kenntnis von diesem Problem gehabt habe. Er erkundigte sich, ob diese Auffassung richtig gewesen sei und machte den Vorschlag, diesen Punkt in die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur aufzunehmen.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass er der Auffassung gewesen sei, dass die Kinder vom normalen Schulbus mitgenommen würden.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass es in Würm einen Spezialverkehr gebe, der zu bestimmten Zeiten eingesetzt werde, aber nicht zu den Schulschlusszeiten der OGS. Der Sachverhalt werde geprüft und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur besprochen.

- c) Stadtverordnete Hoffmann erkundigte sich, ob sich die Stadt Geilenkirchen an den Kosten für den Parkplatz über dem Gelo Carré beteiligt habe.

Bürgermeister Schmitz erläuterte, dass dies nicht der Fall sei. Die Parkplätze würden zum Teil von der Fa. Davids und zum Teil vom Kaufland finanziert. Die Firmen würden Parkplätze in Eigenregie vermieten.

Öffentlicher Teil der Sitzung endet um: 19:01

Vorsitzender

Schriftführer:

Bürgermeister Georg  
Schmitz

Dominik Hilgers